

Liebe Genossinnen und Genossen,

als ich vor vier Jahren um Eure Unterstützung als Direktkandidatin für die Altmark geworben habe... schloss ich mit dem Satz " Die Altmark ist reif für ein linkes Direktmandat!"

Wir haben 2009 gemeinsam das Direktmandat gewonnen.

Die Altmark ist links!

Liebe Genossinnen und Genossen und sie wird links bleiben!!!

Und ich will mit einem Dank beginnen. Einen Dank an alle, die mich in den letzten Jahren tatkräftig unterstützt haben, die Basisorganisationen, die Kreisvorständen, die vielen kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern und unsere Landtagsabgeordneten...

Mit dem Direktmandat als Wählerinnenauftrag und Motivation habe ich in Berlin weiterhin für politische Alternativen gestritten, denn wo Reiche immer reicher und Arme immer zahlreicher werden, blühen keine Landschaften, da reifen Krisen.

Die schwarz- gelbe Koalition hat von Anfang an bewiesen, dass sie keinen Plan hat. Sie war und ist ständig mit sich beschäftigt. Politik wurde wie auf einem Basar ausgehandelt.

Und so war es in meiner zweiten Wahlperiode nicht immer einfach, für meine Politikfelder: die Kommunalpolitik und den Sport weiter zu streiten.

Diese Koalition hat die Kommunalpolitik derart vernachlässigt, dass Debatten im Plenum meist in den späten Abendstunden oder in der Nacht stattgefunden haben.

Und von uns lange geforderte Entlastungen der Kommunen sind eher Zufallsprodukte aus Verhandlungen mit den Ländern.

Wenn ein Gesetz im Bundesrat eine Zustimmung benötigte, wurden die Zustimmungen der Bundesländer meist erkaufte.

Wie auf dem Basar.

Ich will das an zwei Beispielen deutlich machen:

1. Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung

Wenn Rentnerinnen und Rentner von ihrer Rente nicht leben können, also weniger als 670 Euro im Monat. Dann haben sie Anspruch auf Sozialleistungen, auf die Grundsicherung. (Man unterscheidet bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung)

Diese Kosten haben bisher zum großen Teil die Landkreise und kreisfreien Städte getragen.

Da die Absicherung im Alter aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, war es immer eine Forderung der LINKEn, diese Kosten vom Bund übernehmen zu lassen.

Ab 2014 wird der Bund nun die kompletten Kosten übernehmen.

Dies ist nicht Resultat einer klugen und vorausschauenden Politik, dies ist Resultat von jahrelangen Verhandlungen...und Versprechungen.

Als es 2008 es um die Absenkung bei den Kosten der Unterkunft ging, wurde die Grundsicherung mit verhandelt.

2011 bei der Überarbeitung der Hartz IV Pakete wurde die Grundsicherung mit verhandelt und als die Bundesregierung die Zustimmung zum Fiskalpakt von den Ländern brauchte, wurde die Grundsicherung mit verhandelt!

Für die Kommunen sind die Entlastungen notwendig und werden sich positiv auswirken...aber die Kommunen stehen bei der Bundesregierung nicht auf der Agenda, sondern sind eben nur Verhandlungsmasse.

Aus meiner tiefsten Überzeugung muss Politik dort ansetzen, wo die Menschen leben, wo sie arbeiten, wo sie lernen, Familien gründen.

Kommunalpolitik ist das Fundament für eine dem Menschen zugewandte Politik. Das ist mein Anspruch!

Ein weiteres Beispiel für die Basarpolitik.

Das Betreuungsgeld

Um das Betreuungsgeld wurde so lange und so heftig gestritten, dass wir im Sommer fast sicher waren, es wird nicht kommen...und insbesondere der Osten atmete auf.

Das Betreuungsgeld wurde jetzt beschlossen, weil es die CSU so wollte, sie wollte ihr altmodisches Familienbild bestätigen.

Jetzt zahlt der Staat dafür,

dass Kinder nicht in eine Kindertagesstätte gehen,

dass Kinder keine frühkindliche Erziehung genießen können,

dass Kinder keine sozialen Kompetenzen mit anderen Kindern entwickeln können!

Diese Koalition gesteht durch das Betreuungsgeld auch ein, dass sie den geplanten Kita-Ausbau im Westen nicht auf die Reihe bekommt.

Es gibt bereits Gerichtsurteile, die Kommunen verpflichten, die Kosten für die Tagesmutter zu übernehmen, weil trotz gesetzlichem Anspruchs kein Kita-Angebot im Ort vorhanden war.

Das Betreuungsgeld ist schlecht für die Kinder und schlecht für die Kommunen, gerade im Osten!

Das Betreuungsgeld ist schlicht Schwachsinn!

Damit aber die FDP dem Betreuungsgeld auch zustimmt, hat man in der Koalition dem Drängen der FDP nachgegeben und dem Bundestag vorgeschlagen, die Praxisgebühr abzuschaffen.

Ein Kuriosum,... ich habe zum ersten Mal im Bundestag erleben dürfen, dass die Abstimmung zur Praxisgebühr einstimmig war!!!

Die LINKE hat im Bundestag nach Einführung der Praxisgebühr mehrfach den Antrag eingebracht, diese wieder abzuschaffen... und ausgerechnet die FDP will jetzt die Erfinderin des Abschaffens sein?

Die FDP wollte zur Zeit der Einführung keine Praxisgebühr, sie wollte, dass die Patientinnen und Patienten anteilig ihre Behandlungskosten tragen!?

Ich wollte nur noch einmal daran erinnern!

Diese Beispiele machen deutlich, dass schwarz- gelb unfähig ist und diese Beispiele machen natürlich deutlich dass Wahlen vor der Tür stehen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

um linke Politik gestalten zu können, müssen wir in den Parlamenten vertreten sein.

Am 20.01.13 wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt und ich bin optimistisch, dass die LINKE im neuen Landtag vertreten sein wird.

Dazu ist es notwendig, die Genossinnen und Genossen vor Ort nach Kräften zu unterstützen.

Gemeinsam mit Rosi Hein und Thomas Nord habe ich kurz vor Heiligabend in Salzgitter Weihnachtsbäume vor einer Tafel verteilt.

Die Bundesregierung meint nämlich, dass Weihnachtsbäume nicht zum Grundbedarf von ALG II- Beziehenden gehören.

Und so wurde eine originelle Idee schnell realisiert, Geld gesammelt, Bäume besorgt und in vier Städten verteilt.

Neben der Freude über einen Baum erzählten einige über ihre Lebenssituation, ihren Mut, weiter nach Arbeit zu suchen und manche eben auch, dass sie schon lange nicht mehr wählen gehen.

Mit unserer Baumverteilaktion habe wir Aufmerksamkeit und Neugier geweckt, Neugier auf uns, auf die LINKE...

Ich habe den Einsatz in Salzgitter als sehr anregend empfunden und finde... mit dem Wahlkampf kann es jetzt auch hier losgehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den letzten Jahren haben wir durch unsere Arbeit im Bundestag und in den Wahlkreisen bewiesen, dass wir als Korrektiv in der Politik notwendig sind.

Zu keiner Zeit wird so viel versprochen, wie vor Wahlen...und ganz bequem scheint es zu sein, wenn man aus Regierungsverantwortung in die Opposition geht und nun meint, alles besser machen zu wollen.

Die SPD kommt jetzt daher und meint, wir haben die größten Fehler hinter uns, wir sind jetzt wieder wählbar...

Deshalb wird es für uns wichtig sein, nach der gemeinsamen Zeit in der Opposition mit SPD und Grünen, deutlich Kante zu zeigen!

Es wird in der Auseinandersetzung nicht reichen, auf die Nebenverdienste des Kanzlerkandidaten Steinbrück zu verweisen.

Steinbrück hat selbst bewiesen, dass er sein Abgeordnetenmandat im Bundestag als Nebentätigkeit sieht.

Es wird in der Auseinandersetzung mit der SPD nicht reichen, immer darauf zu verweisen,

- wer Hartz IV eingeführt hat,

- wer die Rente mit 67 zu verantworten hat,

- wer auf Konflikte in Krisengebieten immer nur militärische Antworten hat,

- wer bei sämtlichen Bankenrettungspaketen zwar frech in den Debatten meckert, aber dann doch zustimmt,

Die Menschen wollen klare und verständliche Antworten auf ihre ganz konkrete Lebenslage.

Der Wahlkampf hier in der Altmark wird langsam spürbar . Über einige Mitbewerber ist schon sehr ausführlich berichtet worden.

Und heute wurde auch mir die Ehre zuteil...nur finde ich es nicht problematisch, wenn sich eine Partei einig bei der Kandidatenaufstellung ist.

Ich finde es problematisch, wenn einer ganzen Partei die eigentliche Entscheidung abgenommen worden ist.

Oder wenn ein anderer Kandidat bei seinem letzten Job schon keinen richtigen Biss mehr hatte...

Vor einigen Wochen war in der Presse zu lesen, dass der CDU- Landeschef Webel darüber sinnierte, dass mit der möglichen Wahl des CDU- Kandidaten der Altmark endlich wieder eine Stimme aus der Altmark im Bundestag sitzen würde...

Dazu will ich sagen:

1. hat die Altmark und die westliche Prignitz eine Stimme im Bundestag, nämlich meine!
2. bedeutet "Stimme" auch Aktivitäten im Bundestag, also konkretes Handeln!

Und das schauen wir mal genauer an:

In der Zeit vom 01.10.2009 bis zum 31.12.2012 haben die fünf CDU- Bundestagsabgeordneten aus Sachsen- Anhalt zusammen 484 parlamentarische Aktivitäten abgeliefert.

Parlamentarische Initiativen sind Reden, Fragen, Kleine Anfragen, Große Anfragen, Entschließungsanträge, Änderungsanträge, GE, Anträge oder Erklärungen zum Abstimmungsverhalten.

Von 484 parl. Initiativen muss man aber, um korrekte Angaben zu machen, die 314 Antworten vom parl. Staatssekretär Bergner abziehen. Diese Antworten musste er geben, weil die BReg. befragt wurde.

Die CDU- Bundestagsabgeordneten haben somit 170 parl. Initiativen abgeliefert!

Ein Vergleich gefällig?

Die Abgeordnete Kunert aus der Altmark hat im genannten Zeitraum 471 parl. Initiativen abgeliefert!

Noch ein Vergleich gefällig?

Die sechs Bundestagsabgeordneten der LINKEn aus Sachsen- Anhalt haben 2981 parl. Initiativen aufzuweisen!

Die Abgeordneten der LINKEn aus Sachsen- Anhalt sind in ihrer Fraktion meinungsbildend!

Und ich will noch etwas sagen... oft wird ja spekuliert, wenn mehrere Abgeordnete aus der Altmark... könnten diese ja zusammenarbeiten und zusammen aktiv werden...

Unvereinbarkeitsbeschluss...

Ich muss in meiner Fraktion nicht an der Eingangstür die eigene Meinung abgeben. Ich kann für meine Ideen streiten....auch wenns mal heiß her geht!

Nicht quatschen Herr Webel, sondern handeln!

Und vor allem, nicht die Öffentlichkeit für dumm verkaufen wollen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich bin mit meinem Wahlkreis eng verbunden. Mein ganzes Leben habe ich bisher hier verbracht, ein großer Teil meiner Familie lebt hier. Ich bin Mitglied des Stadtrates Stendal und des Kreistages Stendal. Ich pendle täglich zwischen Stendal und Berlin.

Pendle, wie hunderte aus Stendal und Umgebung, da findet die Bürgersprechstunde auch mal auf dem Bahnsteig statt. Der Bahnpolizist hat eine Frage zur Rente. Und wenn es abends mal der letzte ICE aus Berlin wird, treffe ich oft einen stendaler Zugbegleiter... und wir reden über die Politik.

Aus den vielen Gesprächen mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, in den Vereinen, Verbänden und Institutionen im Wahlkreis habe ich Anregungen, Hinweise und Bitten mitnehmen können.

Ich konnte Hilfestellung geben, habe konkret in den Ministerien nachgefragt und nötige Partnerinnen und Partner in die Pflicht genommen oder habe Kontakte herstellen können.

So will ich nur einige Aktivitäten nennen, bei denen ich helfen oder vermitteln konnte.

- der Weg des Altmarkkreises SAW von der getrennten Trägerschaft im SGB II hin zur Optionskommune,
- die Weiterfinanzierung der Mehrgenerationenhäuser,
- das Thema der Bewilligungen von Mutter/ Vater- Kind- Kuren,
- die Unterstützung des Freundeskreises Jenny von Westphalen in SAW,
- die Bereitstellung von Bundesfördermittel für die ST.Katharinen Kirche in SAW, (Idee bis zur Bewill.)
- aktive Unterstützung der Tafeln,
- gute Arbeitsbeziehungen mit der Bahn, Barrierefreiheit Bahnhöfe, Züge,
- die Unterstützung des Berufsbildungswerkes Stendal,
- Unterstützung von BI (CO2, Lärmschutz Amerikalinie),
- Unterstützung des Freibades in Zichtau, Hilfestellungen in Protzehne und Mieste,

- eine enge Zusammenarbeit mit der Volkssolidarität,
- Unterstützung des Kleingartenwesens,
- und viele ganz unterschiedliche persönliche Angelegenheiten von Bürgerinnen und Bürgern.

Der Sport hat immer in meinem Leben eine große Rolle gespielt, er hat mich geprägt, durch ihn habe ich einen langen Atem und Kampfgeist erworben.

Der Sport hat so viele Funktionen in der Gesellschaft: Kinder haben Freude an Bewegung, Bewegung bedeutet Mobilität und Lebensfreude.

Sport verbindet die Menschen; Ich verbinde mit dem Sport: Entwicklung sozialer Kompetenzen, das Erlernen im Umgang mit Sieg und Niederlage, Förderung der Gemeinschaft, Zusammenhalt, eine gesunde Lebensweise, den fairen Wettstreit.

Meine Aktivitäten im Sport sind vielfältig,

ich bin Schirmfrau

- der Altmark- Börde- Liga im Mädchenfußball,
 - des Sportabzeichentages mit Firmenwettkampf in Stendal(hier ist die LINKE 2. gew.),
- und der 34. Deutschen Meisterschaften der Transplantierten in Stendal im Mai diesen Jahres.

Die kleine Friedensfahrt in Seehausen, das Fußball- Grundschulturnier in Havelberg und das Mädchencamp der Bismarker Fußball- Akademie, Sportfeste der Volkssolidarität, Streetball- Turnier Körbe gegen Gewalt, oder der Tangermünder Elb- Marathon und viele andere sportliche Events sind ständige Termine in meinem Kalender.

An vielen Projekten im Sport beteilige ich mich auch umfänglich mit Spenden, insbesondere für Mädchen, für Kinder aus einkommensschwachen Familien und Menschen mit Behinderungen.

Das einzige, was ich noch auf meiner Tu dou Liste habe (org. technisch): es gibt noch kleinen richtigen Altmark- Pokal im Männerfußball...der wird unter Mannschaften aus dem LK Stendal erspielt.

Mit dem Wissen der Situation in den Sportvereinen hier vor Ort kämpfe ich im Bundestag seit Jahren um ein Sportfördergesetz des Bundes.

Sport muss als Ganzes betrachtet und auch so gefördert werden. Der Bund kann sich nicht nur auf den Spitzensport konzentrieren.

Ohne einen gesunden Breitensport gibt es keinen Spitzensport in Deutschland. Alle müssen gleichen Zugang zum Sport haben.

Und deshalb muss es auch wieder ein Sportstättenprogramm des Bundes geben, den goldenen Plan Ost hat im Übrigen der Beauftragte für den Osten Herr Berner beerdigt!

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf dem Gebiet der Kommunalpolitik gibt es nach wie vor eine Reihe von Aufgaben in Berlin.

Wir haben zwar einen Unterausschuss für Kommunales einsetzen können, dennoch ist das kommunalpolitische Profil der schwarz- gelben Koalition sehr schwach ausgeprägt.

Wir haben vorgeschlagen,

- die Gewerbesteuer weiterzuentwickeln,
- die Kommunen bei der Gesetzgebung zu beteiligen, wenn das Gesetz Auswirkungen auf die Kommunen hat,
- dass der Bund die tatsächlichen Kosten der Unterkunft übernimmt,
- dass Kommunen, die an Bahnkreuzungen liegen von Investitionskosten zu befreien,
- dass die Aufwandsentschädigungen von komm. Mandatsträgerinnen und den anderen ehrenamtlich tätigen z.B. in der FFW nicht aufs ALG II angerechnet werden,
- die Rekommunalisierung anstatt Privatisierungen zu fördern...,
- dass der Bund alle Aufgaben finanziert, die er den Kommunen übertragen hat,
- und wir haben vorgeschlagen, eine kommunale Investitionspauschale in den BHH einzustellen, damit Kommunen wieder dringend notwendige Investitionen vornehmen können.

Ihr seht, ich muss wieder nach Berlin, um diese Aufgaben zu erledigen! Wir können uns nicht auf die anderen verlassen!

Was will ich für die Altmark und die westliche Prignitz in den nächsten Jahren auf die Agenda setzen?

1. Will ich eine friedliche Region, ich will die friedliche Nutzung der Colbitz- Letzlinger Heide!

Der Bau eines Kriegsübungsstädtchens Schnögersburg ist verteidigungspolitisch unnötig und volkswirtschaftlich unsinnig!

Der beste Schutz für die Soldatinnen und Soldaten ist, sie gar nicht erst in Kriege zu schicken!

2. Will ich, dass die Menschen hier bleiben, dass sie von ihrer Arbeit leben können und somit eine Perspektive haben.

Ein flächendeckend gesetzlicher Mindestlohn ist dringend notwendig. Gerade junge Menschen, gut ausgebildet und motiviert wollen ihre Heimat nicht verlassen... aber Arbeitsangebote mit 400 bis 600 Euro brutto treiben sie regelrecht aus der Region und sind keine Perspektive, sie bedeuten Armut in der Erwerbszeit und Armut im Alter.

Die Beschäftigungsquote in der Altmark liegt in einigen Bereichen deutlich über dem Bundesdurchschnitt, was bedeutet, Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es hier sehr gute!

Sehr deutlich werde ich mich auseinandersetzen mit Arbeitgebern, die so schlecht zahlen, dass ihre AN und AN ergänzende Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen!

Im LK Stendal reicht bei rund einem Drittel der AN und AN der Lohn nicht zum Leben! In Deutschland werden 10 Mrd. Euro jährlich für dieses Lohndumping ausgegeben. Geld, welches in öffentlich geförderter Beschäftigung der Gesellschaft und den Menschen wirklich helfen würde!

Hier wünsche ich mir mehr Mumm von den Gewerkschaften. Die LINKE ist der zuverlässige Partner wenn es um die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht.

3. Die Altmark hat im Land Sachsen- Anhalt die meisten Rentnerinnen und Rentner, deren Rente nicht zum Leben reicht, sie sind auf Sozialleistungen angewiesen.

Zu dieses Thema hat sich bisher hier niemand stark gemacht!

Die LINKE wird auch in den nächsten Monaten dafür streiten, eine armutsfeste Grundrente einzuführen.

Wir wollen eine solidarische Rentenversicherung, ohne Kürzungsfaktoren, endlich die Angleichung der Renten zwischen Ost und West und die Rücknahme der Rente mit 67!

4. Werde ich die Themen bezahlbares Wohnen, sozial- gerechte Energiepreise, die Entwicklung der erneuerbaren Energien und die ärztliche Versorgung vorantreiben!

5. Werde ich auch weiterhin die Stimme der Altmark in Berlin sein!

Wir lassen uns nicht von Umfragen verunsichern. Umfragen waren noch nie unsere Stärke.